

## Leitartikel

## Wenn Sparen alleine nicht ausreicht



Sophie Hermes

In öffentlichen Gebäuden und Freizeiteinrichtungen werden die Temperaturen gesenkt, in den Straßen die Beleuchtung zurückgefahren und auch an Weihnachten wird es in diesem Jahr weniger bunt beleuchtet zugehen, als gewohnt: Aufgrund der Energiekrise haben viele Gemeinden in den vergangenen Wochen einschneidende Sparmaßnahmen beschlossen.

Das Thema Energiesparen beschäftigt derzeit jedoch nicht nur die Kommunen. Auch in vielen Privathaushalten sorgt der herannahende Winter, gepaart mit den hohen Energiepreisen und der Inflation bei Nahrungsmitteln, für Kopfzerbrechen. Denn Sparen ist oft leichter gesagt als getan.

Während öffentliche Einrichtungen bisher quasi aus dem Vollen schöpfen konnten, ist das für viele Privathaushalte nicht der Fall. Wer bisher bereits auf Sparflamme gelebt hat, kommt irgendwann an den Punkt,

an dem er nicht mehr weiter einsparen kann. Im Winter komplett auf Heizen zu verzichten, kann von niemandem verlangt werden. Ebenso wenig, wie stundenlang im Dunkeln zu sitzen. Und auch das Auto ist für viele Menschen alles andere als ein Luxusartikel. Der öffentliche Transport mag in und um die Hauptstadt als Alternative

zum eigenen Fahrzeug gelten. Wer sich jedoch keine Wohnung in der Hauptstadt oder in unmittelbarer Nähe seines Arbeitsplatzes leisten kann, ist oftmals auf seinen Wagen angewiesen – und muss demnach für die hohen Spritkosten aufkommen.

Die Energiekrise trifft derzeit eine Bevölkerung, die sich bereits seit über zwei Jahren im Krisenmodus befindet. Seit 2020 hat die Coronapandemie vielen Haushalten finanziell arg zusetzt. Nicht umsonst hält der Statec fest, dass die Armutsgefährdung von 2020 auf 2021 in Luxemburg zugenommen hat. Durch die Energiekrise dürfte sich die Situation weiter verschärfen: Die finanzielle Belastung droht für viele Menschen in untragbare Höhen zu steigen – auch für Personen, die bisher eher gut über die Runden kamen. „Früher sagte man, der Revis reiche nicht zum Leben aus, heute genügt der Mindestlohn schon nicht mehr“, erklärten die Verantwortlichen der Stémm vun der Strooss jüngst bei der Vorstellung des neuen Sozialrestaurants in Eitelbrück. Im Kampf gegen die Armut stehen sie an vorderster Front. Erste Veränderungen haben sie bereits bemerkt – nämlich, dass sich ihre Klientel seit der Pandemie verändert hat.

Premierminister Xavier Bettel hat vor zwei Wochen in seiner Rede zur Lage der Nation darauf gepocht, Verantwortung zu übernehmen. Diesen Worten muss die Regierung Taten folgen lassen und die Menschen, die Hilfe benötigen, unterstützen. Dabei geht es nicht nur darum, im Kampf für die Wahlen im kommenden Oktober Stimmen zu sammeln. Es geht vor allem darum, zu vermeiden, dass im reichen Luxemburg zu viele Menschen in die Armut abrutschen.

Kontakt: [sophie.hermes@wort.lu](mailto:sophie.hermes@wort.lu)

Politik	2-7
Luxemburg	8-16
Notdienste	14
TV-Programm	17-18
Todesanzeigen	20-23
Wirtschaft	26-32
Kultur	33-34
Panorama	35
Sport	36-39

### Luxemburger Wort

www.wort.lu  
Telefon 4993-1 / Abo-Hotline 4993-9393  
Verleger: Mediahuis Luxembourg

## Mehr Vereinfachung, weniger Vormundenschaft

Im Vorfeld der Wahlen richtet sich der Syvicol mit 36 Vorschlägen an die Parteien

Von Marc Schlammes

Beim Syvicol gibt man sich selbstbewusst. In Wort und Tat wollen die Gemeinden von der Regierung als Partner wahr- und ernstgenommen werden. Dass sich daraus eine Win-Win-Situation ergibt, hat nach Meinung von Emile Eicher (CSV) die Bewältigung der Corona-Krise offenbart; die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden habe gut geklappt und es sei viel Vertrauen aufgebaut worden, so der Syvicol-Vorsitzende.

Wie diese Partnerschaft fortan konkret funktionieren soll, beschreibt der Dachverband der Gemeinden in seinen 36 Vorschlägen, die er im Vorfeld der Chamberwahlen an die politischen Parteien richtet. Bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen oder Vorlagen großherzoglicher Verordnungen mit kommunaler Bedeutung soll die Einbindung des Syvicol institutionalisiert werden; nach deren Inkrafttreten plädiert der Syvicol für ein regelmäßiges Monitoring – um gegebenenfalls nachbessern zu können, betont Eicher.

### Doppelmandate – der Dauerbrenner

„Am Herzen“ liegt dem Syvicol-Präsidenten und seinen Mitstreitern, bei der Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Agenda 2030 stärker eingebunden zu werden. Insbesondere bei der Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Ortschaften könnten

die Gemeinden ihre Erfahrung und ihr Know-how einbringen, so Eicher.

Ein Dauerbrenner, der im Vorfeld von Wahlen immer wieder neu aufflammt, sind die Doppelmandate. Der Syvicol verschließt sich, wie bereits 2008 formuliert, einer Trennung zwischen kommunal- und nationalpolitischem nicht; allerdings muss diese Trennung mit der Schaffung einer Kammer der Kommunalpolitiker einhergehen, mit Befugnissen wie eine Berufungskammer. So soll verhindert werden, dass die Stimme der Gemeinden im legislativen Prozess verstummt.

### ● Mehr geschehen soll nach Syvicol-Ansicht auch bei den Gemeindefusionen.

Um möglichst viele Bürger von einem kommunalpolitischen Engagement zu überzeugen, spricht sich der Dachverband der Gemeinden dafür aus, dass bei Kommunalwahlen der Wechsel vom Majorz- und Proporzmodell erst ab 6 000 Einwohnern erfolgt. Heute geschieht dies bei 3 000 Einwohnern – mit der Folge, dass Parteilisten erstellt und Kandidaten sich parteipolitisch outen müssen. Was für die Syvicol-Verantwortlichen viele daran hindere, zu kandidieren.



Stellen die 36 Syvicol-Vorschläge vor: Guy Wester, Louis Oberhag, Emile Eicher, Dan Biancalana, Serge Hoffmann und Syvicol-Mitarbeiter Gérard Koob (v.l.n.r.).





„Wir benötigen einen klaren legalen Rahmen, in dem die kommunale Autonomie gewahrt bleibt“, umreißt Syvicol-Chef Emile Eicher die Herausforderung. Fotos: Guy Jallay

Wichtig ist Emile Eicher und seinen Mitstreitern auch, dass das „statut de l'Élu local“ verwirklicht wird. Erste Schritte hat Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) unter anderem mit der Einführung einer strafrechtlichen Verantwortung der Gemeinden und einem Deontologiekodex für Kommunalpolitiker gemacht. Zudem, so sieht es ihr Gesetzentwurf vor, wird der politische Urlaub ausgedehnt. Fehlen tut indes weiterhin die arbeits- und sozialrechtliche Absicherung der Gemeindepolitiker, die beispielsweise verhindern soll, dass ihnen aufgrund ihrer kommunalen Verpflichtungen die Entlassung droht. Zumindest aber sind Syvicol und Ministerin darin einig, dass dies geschehen müsse.

Mehr geschehen soll nach Syvicol-Ansicht auch bei den Gemeindefusionen. Eine neue Dynamik könne durch die Möglichkeit der „coopération renforcée“, als Zwischenetappe auf dem Weg zum Zusammenschluss, geschaffen werden und durch punktuelle Anpassungen bei den Zuschüssen, meint Eicher. Diese sollten bei Gemeinden unter 2 000 Einwohner angehoben und ganz generell früher fließen – ab dem Moment, wo das Fusionsgesetz verabschiedet ist.

#### Die vielen Facetten der Finanzen

Geld spielt, wie immer, wenn der Syvicol die Rolle der Gemeinden thematisiert, auch bei den Wahlvorschlägen eine gewichtige Rolle. Mit Blick auf die Einführung einer Leerstands- und Mobilisierungssteuer, um die Lage im Logement in den Griff zu bekommen, bekräftigt der Dachverband der Gemeinden seine Forderung, dass diese Gelder in die kommunalen Kassen fließen sollen. Zum einen, weil es Aufgabe der Gemeinden ist, das zur Erhebung dieser Steuern notwendige Register zu führen; zum anderen, weil die Gemeinden Infrastrukturkosten, beispielsweise Wasser- und Abwasserentsorgung zu leisten hätten. Das jüngst vorgestellte Gesetzprojekt

sieht vor, dass lediglich die Grundsteuer – wie bisher – den Gemeinden zugutekommt.

Damit die Gemeinden am Wohnungsmarkt aktiver werden, sollen sie stärker bei der Verwaltung von sozialen Mietwohnungen unterstützt werden. Zurzeit liegt dieser Betrag bei 1 500 Euro pro Jahr und Wohnung. Begrüßen tut der Syvicol, dass Premierminister Xavier Bettel (DP) bei seiner Erklärung zur Lage des Landes eine personelle Aufstockung der Sozialämter in Aussicht gestellt hat. Ergänzend dazu fordert der Dachverband der Gemeinden, dass der sozio-ökonomische Indikator bei der Berechnung der Zuwendungen, die einer Kommune aus dem Fonds de dotation globale zustehen, angepasst wird. So soll den sozialen Herausforderungen jeder einzelnen Gemeinde stärker Rechnung getragen werden.

An die Regierung ergeht auch der Appell, das „principe de connexité“ ernst zu nehmen. In der künftigen Verfassung verankert, bedeutet es, dass die Gemeinden über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um ihre Aufgaben zu erfüllen, bestehende wie neue. Daran gekoppelt, und um den Gemeinden eine budgetäre Planungssicherheit zu gewährleisten, soll jede Gesetzesvorlage mit kommunalem Niederschlag denn auch eine Berechnung zum finanziellen Impact enthalten.

Mit Blick auf den kommunalen Betrieb muss das Motto für den Syvicol mehr Vereinfachung, weniger Vormundschaft lauten. Die angedachte Neuordnung der administrativen Vormundschaft zielt in diese Richtung. Darüber hinaus verlangt der Syvicol nach einem „güichet unique“ für alle Arten von Genehmigungen und dass die Aufgaben der Gemeinden auf den Prüfstand kommen. Da ein guter Dienst am Bürger auch von kompetenten Mitarbeitern abhängt, plädiert der Syvicol für eine Vereinfachung der Sprachkenntnisse für Gemeindepersonal; diese sollen die drei Sprachen Luxemburgisch, Deutsch und Französisch erst zum Ende ihrer zweijährigen Stagezeit beherrschen.

## Die Gleichstellung ist in Gefahr, warnt die EU

Der EU-Gleichstellungsindex 2022 verzeichnet erstmals sinkende Werte – nur ein Bereich ist im Aufwind

Von Annette Welsch

Die Pandemie hinterließ auch ihre Spuren bei der Chancengleichheit. Das zeigt der Gleichstellungsindex, den das Europäische Institut für Gleichstellung EIGE seit 2010 erstellt. Er umfasst zur Bemessung der Chancengleichheit mehrere einschlägige Indikatoren: Arbeit, Wissen, Zeit, Geld, Macht und Gesundheit. Ein Score von 100 würde bedeuten, dass vollständige Gleichstellung erreicht ist.

Insgesamt geht es weiterhin nur im Schnecken-tempo voran: Es ist lediglich ein Anstieg um 0,6 Prozent zu verzeichnen. Der EU-Durchschnitt liegt derzeit bei 68,6 von 100 Punkten – das sind nur 5,5 Punkte mehr als im Jahr 2010. Luxemburg liegt mit 73,5 Punkten an neunter Stelle – 70,3 waren es noch 2020.

#### Bei Wissen und Bildung rückläufig

Im Bereich des gleichen Zugangs zur Arbeit und den Arbeitsbedingungen legte Luxemburg von 75,2 auf 76,3 Punkte zu (EU: 71,7). Beim Zugang zu finanziellen Mitteln und der wirtschaftlichen Situation ist es ein Zuwachs von 90 auf 92,6 Punkte (EU: 82,6). Leicht besser sieht die Gleichstellung auch beim Thema Gesundheit aus, wo der Zustand, das Verhalten und der Zugang bewertet werden: Von 89,5 ging es auf 90,4 hoch (EU: 88,7). Den stärksten Anstieg bietet der Bereich der Macht (Entscheidungsposten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft), wo die Punktzahl von 48,4 auf 59,7 stieg (EU: 57,2).

#### ● Luxemburg liegt mit 73,5 Punkten an neunter Stelle – 70,3 waren es noch 2020.

Keine Veränderungen gab es beim Faktor Zeit für Pflege und Hausarbeit sowie soziales Engagement mit 69,1 Punkten (EU: 64,9). Beim Wissen ging es dagegen von 70 Punkten auf 68,9 Punkte zurück (EU: 62,5). Hier wird die Bildung, die lebenslange Weiterbildung und die Festlegung in für das Geschlecht typische Berufe bewertet. „Besonders beunruhigend ist, dass im diesjährigen Index eine Umkehr zu beobachten ist – in mehreren Bereichen wurden erstmals seit 2010 sinkende Werte verzeichnet“.



Die Pandemie wirft die Frauen zurück. Bei Arbeit und Wissen macht es sich besonders bemerkbar. Foto: Shutterstock

#### ● 40 Prozent der Frauen verbrachten an Werktagen in der Regel mindestens vier Stunden mit der Betreuung kleiner Kinder.

erklärt die Direktorin des EIGE, Carlien Scheele in einer Mitteilung. So zeige der gesunkene Wert der Beteiligung am Erwerbsleben, dass Frauen tendenziell weniger Jahre ihres Lebens berufstätig sind. Dies beeinträchtige ihre Karrierechancen und führe dazu, dass sie geringere Rentenansprüche haben. Es waren aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auch mehr junge Frauen arbeitslos, wobei Frauen mit Migrationshintergrund besonders gefährdet waren.

Hinzu kommt, dass im Jahr 2020 weniger Frauen als Männer Bildungsangebote wahrgenommen haben. Und da der Gesundheitssektor durch die Covid-19-Pandemie in nie dagewesenem Maße unter Druck geriet, waren auch im Hinblick auf den Gesundheitszustand und den Zugang zur Gesundheitsversorgung rückläufige Gleichstellungswerte zu verzeichnen.

#### EU: Quoten machen sich bemerkbar

Ohne die im Bereich der „Macht“ verzeichneten Fortschritte wäre der Indexwert insgesamt gesunken, stellt EIGE fest. Diese Fortschritte seien zu einem Großteil auf die gestiegene Beteiligung von Frauen an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen zurückzuführen, die wiederum mit der Einführung gesetzlicher Quoten in einigen wenigen EU-Mitgliedstaaten in Zusammenhang steht.

Im Rahmen einer ergänzenden Online-Erhebung, deren Schwerpunkt auf der für unbezahlte Betreuungstätigkeiten aufgewandten Zeit lag, wurde für den Zeitraum der Pandemie ein Aufwärtstrend festgestellt, der nicht gleichmäßig auf Frauen und Männer verteilt war. Dies gilt insbesondere für die zeitintensive Kinderbetreuung: 40 Prozent der Frauen verbrachten an Werktagen in der Regel mindestens vier Stunden mit der Betreuung kleiner Kinder. Der entsprechende Anteil der Männer belief sich auf 21 Prozent. Auch bei der zeitintensiven Hausarbeit verstärkte sich das Geschlechtergefälle während der Pandemie: 20 Prozent der Frauen und nur 12 Prozent der Männer verbrachten täglich mindestens vier Stunden mit Hausarbeit.

Insgesamt weisen die Länder nach wie vor sehr unterschiedliche Werte auf. Die höchsten Punktzahlen erzielten Schweden, Dänemark und die Niederlande, auf der anderen Seite haben Griechenland, Ungarn und Rumänien die größten Schwierigkeiten, die Gleichstellung voranzutreiben.